

A8-023-2: 7. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft gestalten

Antragsteller*innen Leoni Kükrekol

Antragstext

Von Zeile 40 bis 42 einfügen:

der Abschiebehaft muss ebenfalls ein **Recht auf unabhängige Rechtsberatung** gelten und **NGOs muss Zugang** gewährt werden. Darüber hinaus fordern wir die sofortige Abschaffung der Abschiebehaft in Pforzheim sowie perspektivisch den vollständigen Abbau aller Abschiebehaftplätze in Baden-Württemberg. Abschiebehaft kriminalisiert Schutzsuchende, verletzt grundlegende Menschenrechte und führt zu massiven psychischen Belastungen. Anstatt Menschen einzusperren, müssen wir als Land auf eine humanitäre Migrationspolitik setzen, die Schutz und Integration ins Zentrum stellt.

Die Landesregierung muss sich zudem mit allen ihren Möglichkeiten auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die **zivile**

Begründung

Abschiebehaft ist ein massiver Eingriff in die Grundrechte von Menschen, die oft keine Straftat begangen haben. Insbesondere in Pforzheim sind die Bedingungen besonders schlecht: Es gibt massive Einschränkungen bei der Religionsausübung, unzureichende medizinische und psychologische Betreuung sowie restriktive Besuchsregelungen für Seelsorgende und Beratende. Schutzsuchende, die häufig bereits traumatisiert sind, werden inhaftiert und dadurch weiteren psychischen Belastungen ausgesetzt. Das widerspricht unserem Anspruch an eine humane, solidarische Migrationspolitik. Eine Gesellschaft, die auf Zusammenhalt setzt, darf Schutzsuchende nicht kriminalisieren, sondern muss ihnen Perspektiven und Schutz bieten. Daher fordern wir die Schließung der Abschiebehaft in Pforzheim und den strukturellen Abbau dieser Einrichtungen im ganzen Land.

Unterstützer*innen

Daniel Stefan Christmann, Moritz Halbeisen, Maja Schober